
„DER AGRARSEKTOR IN
ÖSTERREICH“

Rezension von: Verein für
Gesellschafts- und
Wirtschaftswissenschaften.
Beiträge zur Wirtschafts- und
Gesellschaftspolitik Band 3,
Wien 1987, S 189,-

Allgemein scheint es so, daß in den verschiedensten Debatten Agrarpolitik als sehr schwierig und im übrigen so eingestuft wird, daß in der „Landwirtschaft“ sowieso alles ganz anders sei.

Wenn etwas wirklich ganz anders ist, dann der Umstand, daß die landwirtschaftliche Produktion mit biologischen Prozessen zu tun hat, die sich gänzlich von anderen Produktionsprozessen unterscheiden. Das „ganz Andere“ ist wohl Ausdruck von Werturteilen, was landauf, landab zu großer Verwirrung darüber führt, was denn nun Agrarpolitik überhaupt ist.

Der vorliegende Sammelband gibt darüber nicht direkt Aufschluß, aber er vermittelt anhand der einzelnen Beiträge ein Bild über die Kluft darüber, was aus sehr unterschiedlichen Interessenlagen heraus von der Agrarpolitik gefordert wird, und dem, was letztlich umsetzbar ist.

Faktum ist, daß der züchterische und technische Fortschritt in allen westlichen Industrieländern zu gewaltigen Produktions- und Produktivitätsreserven geführt hat, wobei das Ende noch gar nicht absehbar ist. Das war Ziel der Agrarpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als es galt, die Nahrungsmittelversorgung überhaupt aufzubauen. Heute stehen alle westlichen Industrieländer mehr oder weniger vor dem gleichen Problem

riesiger agrarischer Überschüsse, enormer finanzieller Kosten, sinkender Agrarpreise, einer politisch zunehmend unruhiger werdenden Bauernschaft und in der Suche nach einer neuen Agrarpolitik, die möglichst schmerzlose Auswege offenläßt.

Jedoch erweist sich eine Neukoordinierung und Befriedigung der vielfältigen Interessen verschiedenster Gruppen als äußerst schwierig, umso mehr, wenn die Staatskassen leer sind.

Da liegt nun das nüchterne Urteil der Experten auf dem Tisch, mit Inhalt, daß „die Agrarpolitik“ viel zu teuer ist. Anderswo, etwa in der EG, ist sie noch viel teurer, meinen andere Experten, dort verschlingt die EG-Agrarpolitik gleich 70 Prozent des gemeinsamen Haushaltes. Natürlich wird Unmut laut, wenn da wie dort immer höhere öffentliche unverhältnismäßig hohe Mittel für einen Sektor, der langfristig immer geringere Anteile am Volkseinkommen aufweist, aufzubringen sind. Natürlich drängt sich die Frage auf, ob es nicht sinnvoller wäre, diese riesigen Ressourcen etwa im technologischen Bereich einzusetzen, um etwa der japanischen Herausforderung zu begegnen.

Angesichts einer solchen Frage wird relativ rasch der Einwand aus einer Interessengruppe kommen, daß die Einkommen in der Landwirtschaft unbefriedigend und über budgetäre Maßnahmen abzusichern sind. Der Witz an der agrarischen Einkommensdiskussion liegt aber eben darin, daß auch bei der Ermittlung der landwirtschaftlichen Einkommen „alles ganz anders ist“. Das Aggregat „Landwirtschaftliches Einkommen“ unterscheidet sich fundamental von anderen Einkommensbegriffen und noch viel mehr in deren Verwendung, und ist daher für Vergleichszwecke völlig ungeeignet: man sollte Kraut und Rüben besser nicht vergleichen. Schneider nimmt sich dieser Thematik an und weist auf die Grundlagen und Schwächen derartiger Berechnungen hin.

In mehreren Beiträgen kommt zum Ausdruck, daß die Intensivierung der Produktion zu Umweltschäden führte. Umweltproblem und Überschußproblem wäre daher mit einer Extensivierung der Produktion zu begegnen.

Das Verschleudern der jeweiligen heimischen Überschüsse auf den Weltmärkten mit enormen Subventionen aus den öffentlichen Haushalten führte wiederum zu internationalen Spannungen, die nur mit allergrößter Mühe geglättet werden konnten.

Auf jene Argumentationslinie, wonach die bäuerlichen Einkommen unbefriedigend seien, trifft gewissermaßen der Querschläger, der auf die inneragrarischen Einkommensdisparitäten verweist. Diese Disparitäten sind eine Folge verschiedener Betriebsgrößen, Betriebsformen, sind standortbedingte betriebswirtschaftliche Nachteile. Ein Hebel zum Abbau solcher Unterschiede wurde durch die Schaffung eines Bergbauernförderungsprogrammes geschaffen. Kramer fordert in seinem Beitrag, daß die bei einer marktkonformerer Ausrichtung der Agrarpolitik durch den Entfall von derzeit notwendigen Exportstützungen freiwerdenden Budgetmittel als direkte und produktionsneutrale Transfers zur Absicherung eines Mindesteinkommens für die Bauern zu verwenden wären. Es bleibt der Einschätzung jedes einzelnen überlassen, ob die Budgetneutralität für einen längeren Zeitraum Realität bleiben würde, oder ob der politische Druck zur quasi kollektivvertraglichen jährlichen Aufstockung dieser Transfers an die Landwirte den Sieg davontragen würde.

Durch diesen verteilungspolitischen Sprengsatz wird im Grunde jedoch eine andere, viel wichtigere ökonomische, wenngleich beinahe tabuisierte Frage zugedeckt: Ist es ökonomisch sinnvoll, Anreize zu schaffen, damit ein großer Anteil der landwirtschaftlichen Produktion in an sich betriebswirtschaftlich falschen Standorten verbleibt?

Selbstverständlich erwachsen aus solchen Fragen heraus unter Umständen enorme Konsequenzen, die jenen, die letztlich im Parlament darüber abzustimmen und die die Verantwortung letztlich zu tragen haben, aber auch mehr oder weniger deutlich bewußt sind. Gerade darüber bzw. über die Frage, wie entscheidet ein Agrarpolitiker, gibt der Beitrag Plüskows Aufschluß.

Plüskow skizziert im Grunde den Agrarpolitiker, dem die nüchternen Daten der Experten zur Entscheidung vorliegen, und der nun zu entscheiden hat: hier nüchterne ökonomische Sachverhalte, da politische Notwendigkeiten zum Wandel – und die erwarteten Konsequenzen des Wandels und dort das stimmenmaximierende Verhalten der Repräsentanten politischer Gruppen . . .

Smolkas Beitrag ruft vor allem in Erinnerung, daß der Begriff Agrarpolitik ohne die Einbeziehung des Nahrungs- und Genußmittelsektors, also des der Urproduktion unmittelbar nachgelagerten Sektors, wohl zu kurz gefaßt ist. Dieser Beitrag läßt erkennen, daß es auch für die Landwirtschaft auf Sicht nicht zielführend sein kann, ein gesetzlich abgesichertes Hochpreisniveau zu verlangen, von ausländischer Konkurrenz total geschützt zu sein, ein neugeordnetes Verhältnis zur EG zu wollen und den nachgelagerten Sektor – der ja einer der wichtigsten Abnehmer der österreichischen Landwirtschaft ist – quasi sich selbst zu überlassen.

Aus Weihs' Beitrag wird deutlich, daß der starke Wandel in der Landwirtschaft in den letzten 30 Jahren keineswegs so friktionsfrei abgelaufen wäre, hätte es nicht die Institution der Sozialpartnerschaft gegeben. Der Sektor Landwirtschaft wurde im Verlauf der Zeit zum bestgeschützten in der österreichischen Wirtschaft, ein Umstand, den der eine oder andere Landwirtschaftsvertreter als Gewohnheitsrecht zur Kenntnis nimmt, dabei aber vergißt, daß es für jede sozial-

partnerschaftliche Interessengruppe Schmerzgrenzen gibt, die vor allem im Eigeninteresse der Landwirtschaft zu respektieren sind.

Sehr aufschlußreich ist Adlers Beitrag (Adler ist selbst Journalist), der nicht nur die Agrarpolitik in den Medien, sondern darüber hinaus allgemein Eindrücke über die Arbeitsweise einer nicht näher definierten Anzahl von Journalisten vermittelt.

„Die Leser, Hörer oder Seher verstehen im allgemeinen gar nicht, worum es geht, denn die verworrenen Wege der Agrarpolitik sind schwierig zu durchschauen. Das Publikum ist des-

interessiert, der Redakteur, welcher die Nachricht weiterzugeben hat, ist oft genug ein außenpolitischer Redakteur und kein Wirtschaftsredakteur. Er versteht gerade die Agrarpolitik, mit der er praktisch nie aus der Nähe konfrontiert wird, kaum besser als sein Publikum. Daher ersetzt man Wissen durch Vorurteile und generalisiert eigene Erfahrungen. Davon ist auszugehen, wenn man sich die Frage stellt, wie Fachjournalisten Meldungen aus dem Bereich der Agrarpolitik verarbeiten.“

Ernst Tüchler